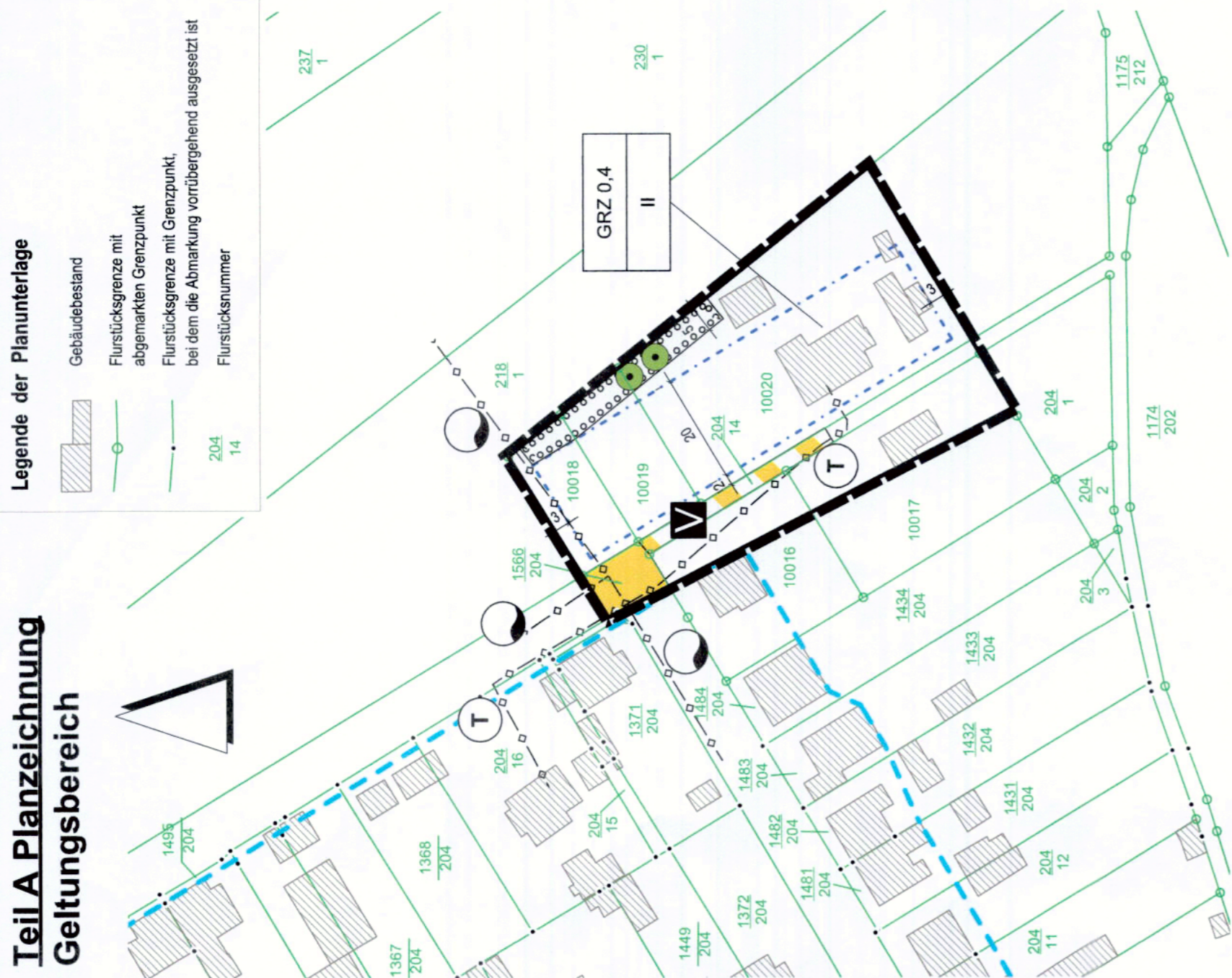


Teil A Planzeichnung Geltungsbereich



Auszug Liegenschaftskarte
Kartengrundlagen: Liegenschaftskarte des Landesamtes für Vermessung und Geoinformation Sachsen - Amt Geomarkung 1 Burg
Flur 8

Nachrichtliche Übernahme gem. § 9 (10) BauGB am 27.10.2021 durch: LVermGeoLSA
Altensachsen: 031-5010648-2014-5

Planzeichenerklärung (§ 2 Abs. 4 und 5 PlanzV)

- 02 MAß DER BAULICHEN NUTZUNG**
§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB
GRZ
II
- 03 BAUWEISE, BAULINIEN, BAUGRENZEN**
§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB
Baugrenze
- 04 VERKEHRSFÄHIGEN**
§ 9 Abs. 1 Nr. 11 BauGB
öffentliche Straßenverkehrsflächen
- 05 VERKEHRSFÄHIGEN**
§ 9 Abs. 1 Nr. 11 BauGB
Verkehrsfähigen besonderer Zweckbestimmung hier: verkehrsberechtigter Bereich
- 08 HAUPTVERSORGUNGS- UND HAUPTABWASSERLEITUNGEN**
§ 9 Abs. 6 BauGB
Trinkwasserleitung unterirdisch (rechtlichliche Übernahme gem § 9 Abs. 6 BauGB)
unterirdische Leitung der Telekom (rechtlichliche Übernahme gem § 9 Abs. 6 BauGB)
- 13 BAULINIEN, NUTZUNGSBEZUGLICHEN, MAßNAHMEN UND PLÄTZEN FÜR MASSENKUMMELN UND SCHUTZ ZUR PFLEGE UND ZUR ENTWICKLUNG VON BÜDEN, NATUR UND LANDSCHAFT**
§ 9 Abs. 1 Nr. 20, 25 und Abs. 6 BauGB
Bäume - Erhaltung
Flächen zum Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen § 9 Abs. 1 Nr. 20a BauGB
- 15 SONSTIGE PLANZEICHEN**
Grenze des räumlichen Geltungsbereiches der Klarstellungs- und Ergänzungsatzung (§ 9 Abs. 1 BauGB)
Klarstellungslinie

Teil B Textliche Festsetzungen

- 1. Maß der baulichen Nutzung (§ 9 (1) BauGB, §§ 16, 18, 19 BauNVO)**
§ 1 (1) Die zulässige Grundflächenzahl (GRZ) im Geltungsbereich der Ergänzungsatzung wird mit 0,4 festgesetzt. Die Überschreitung der zulässigen Grundflächenzahl gem. § 19 (4) BauNVO ist nicht zulässig.
§ 1 (2) Im Geltungsbereich der Ergänzungsatzung sind nur Gebäude mit maximal 2 Vollgeschossen zulässig.
- 2. Bauweise, abbaubare Grundstücksfläche (§ 23 BauNVO)**
§ 2 Die überbaubare Grundstücksfläche ist durch Baugrenzen gem. § 23 (3) BauNVO festgesetzt.
(1a) BauNVO
§ 3 (1) Je angefangene 100 m² in Anspruch genommene Grundfläche gem. § 19 BauNVO ist vornehmlich ein einheimischer Obstbaum (Kirsche, Apfel, Birne, Pflaume, Walnuss) als Hochstamm anzupflanzen. Die Baumpflanzungen sind in Form von Baumgruppen auszuführen. Die Pflanzungen sollen vorrangig im Geltungsbereich der Ergänzungsatzung erfolgen. Darüber hinaus sind die Flächen der Flurstücke 2047, 2042 und 2043 in der Flur 8, Gemarkung Burg, für die Pflanzmaßnahmen herangezogen werden.
§ 3 (2) Innerhalb der festgesetzten Flächen zum Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Pflanzungen (§ 9 (1) Nr. 20a BauGB) ist eine gleichmäßig verteilte Pflanzung in ausreichender Menge sowie die Flächen der Flurstücke 2041, 2042 und 2043 in der Flur 8, Gemarkung Burg, für die Pflanzmaßnahmen herangezogen werden.
Zusätzlich dazu ist je angefangene 200 m² in Anspruch genommene Grundfläche gem. § 19 BauNVO ein kleineres Gehölz (z.B. Strauch, Heide, Kirsche, Apfel, Birne, Pflaume, Walnuss) anzupflanzen, standortgerechten Laubbäumen auf einer Länge von 7m anzupflanzen. Diese Pflanzung soll vorrangig im Geltungsbereich der Ergänzungsatzung erfolgen. Darüber hinaus können die Flächen der Flurstücke 10017 und 10020 außerhalb des Geltungsbereiches sowie die Flächen der Flurstücke 2041, 2042 und 2043 in der Flur 8, Gemarkung Burg, für die Pflanzmaßnahmen herangezogen werden.
§ 3 (3) Neue anzupflanzende Gehölze sind fachgerecht zu pflegen, zu unterhalten und bei Abgang durch einheimische, standortgerechte Arten im Verhältnis 1:1 zu ersetzen. Die Pflanzstandorte können den örtlichen Erdemissen angepasst werden. Zur Verwendung kommende Pflanzenarten sind standortgerecht zu wählen. Innerhalb von 5 Jahren nach der Neuanpflanzung ist eine Auswache- und dauerhafte Erhaltungspflege vorzunehmen. Die Pflanzen sind bei Abgang zu ersetzen und dann wiederum 5 Jahre zu pflegen sowie dauerhaft zu erhalten.
Mindestanforderung an die zu pflanzende Qualität ist:
Bäume:
mittlere Größe Bäume (Bäume II. Ordnung)
Hochstamm, Stammumfang 10-12 cm, 2 x v., o. B.
Sträucher:
v. Str. m. B., 3 TR, H = 0,60 m – 1,00 m
Obstbäume:
Hochstamm, Stammumfang 10-12 cm, 3 x v.
- 3 (4) Zuordnung von Auslegemaßnahmen gemäß § 9 (1a) BauGB**
Die Berechnung und die Befreiung von Auslegemaßnahmen für Ausgleichs- und Pflanzungen sind gem. § 135 a BauGB vom Zeitpunkt des Eingriffes durchzuführen, zu pflegen und dauerhaft zu erhalten. Die Ausgleichsmaßnahmen müssen spätestens bis zum Ende der auf den Beginn der jeweiligen Baumaßnahme (Vorhaben) folgenden Planperiode (Oktober - April) abgeschlossen sein.

Teil C Hinweise

- 1. Archäologische Bodenfunde**
LSA
Das Plangebiet befindet sich innerhalb eines archäologischen Kulturdenkmals gem. § 2 DenkmSchG LSA.
Zu den geplanten Baumaßnahmen im Geltungsbereich der Ergänzungsatzung ist gem. § 14 (9) DenkmSchG LSA eine fachgerechte archäologische Dokumentation nach den derzeit gültigen Standards des Landesamtes für Denkmalchutz und Archäologie Sachsen-Anhalt (LDA LSA) durchzuführen. Diese Dokumentation wird durch das LDA LSA durchgeführt. Die Dokumentation ist in Form einer archäologischen Untersuchung (Geländebearbeitung mit Vor- und Nachbereitung, restauratorischer Sicherung, Inventarisierung) und in Form einer schriftlichen Vereinbarung zwischen Bauherr und LDA LSA festzulegen. Dabei gilt für die Kostenträgerspflicht entsprechend DenkmSchG das Verursacherprinzip. Die Vereinbarung ist in Kopie der unteren Denkmal-schutzbehörde unverzüglich nach Unterzeichnung, jedoch spätestens mit der Baugenehmigung zu übermitteln.
Die bauausführenden Betriebe sind auf die Einhaltung der gesetzlichen Meldepflicht im Falle unerwarteter freigelegter archäologischer Funde oder Befunde hinzuweisen.
- 2. Funde von Kampfmitteln**
LSA
Die Funde von Kampfmitteln sind dem Landkreis Jerichower Land oder der nächstgelegenen Polizeistationsstelle anzuzeigen. Von dort werden alle weiteren Maßnahmen zum gefährlichen Steigerung und Beseitigung der Kampfmittel eingeleitet.
- 3. Belange des Naturschutzes**
LSA
Die Naturschutzbestimmungen (Vorschriften für besonders geschützte und bestimmte andere Tier- und Pflanzenarten) sind zu beachten.
Artenschutzrechtliche Vermeidungsmaßnahmen, die bei der Umsetzung der Planung zu beachten sind, werden in Pkt. 11 der Begründung benannt und sind umzusetzen.
Sollten sich bei der Realisierung des Bauvorhabens Verdachtsmomente für das Vorliegen bisher unbekannter Naturdenkmale (z.B. Naturdenkmale, Naturdenkmale, Naturdenkmale) ergeben, so sind diese gemäß Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) im Rahmen der Meldepflicht sofort der Unteren Naturschutzbehörde (Landkreis Jerichower Land) anzuzeigen.
- 4. Baugrundwasserrechtliche Belange**
LSA
Es sind alle auf die Baugruben ausgeübten Baugrunduntersuchung nach DIN 4020 bis zu DIN EN 1997-2 durchzuführen.
Die in der Begründung unter Pkt. 13.3 beschriebenen wasserrechtlichen Belange sind bei der Umsetzung der Planung zu beachten.
- 5. Versorgungsleistungen**
LSA
Belange im Bereich von Versorgungsleistungen sind die entsprechenden Schutzbestimmungen gem. DN, DVGW Regwerk und Unfallverhütungsvorschriften einzuhalten.
- 6. Planunterlagen**
LSA
Wegen Ungenauigkeiten in der Planunterlage durch Vervielfältigung, Vergroßerungen etc. sind im Vorfeld bei jedem Vorhaben Kontrollmessungen vorzunehmen. Sollten Mängel bei den Zeichnungen vorliegen, sind diese im Vorfeld zu klären. Die Planunterlagen sind in der Planunterlage herauszugeben. Eine Gewähr für die Richtigkeit der Kartengrundlage wird seitens des Planungsbüros nicht übernommen.

Satzung der Stadt Burg über die Klarstellungs- und Ergänzungsatzung im Bereich der Siedlung „Überfunder“ der Stadt Burg

Aufgrund des § 10 Abs. 1 des Baugesetzbuchs (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. November 2017 (BGBl. S. 3634), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 3. Juli 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 176) geändert worden ist und § 8 Abs. 1 des Kommunalverfassungsgesetzes für das Land Sachsen-Anhalt (KVG LSA) in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. Juni 2014 (GVBl. LSA S. 288), zuletzt geändert durch Gesetz vom 7. Juni 2022 (GVBl. LSA S. 130) wird nach Beschlussfassung durch den Stadtrat am 14.09.2023 die Klarstellungs- und Ergänzungsatzung im Bereich der Siedlung „Überfunder“ der Stadt Burg bestehend aus Planzeichnung (Teil A) und den Textlichen Festsetzungen (Teil B) in der Fassung Juni 2023 als Satzung erlassen.

Teil A:
Planzeichnung im Maßstab 1:1000,
Teil B:
Textliche Festsetzungen der §§ 1 - 3

Burg, den - 4. Okt. 2023
Stark
(Bürgermeister)

Rechtsgrundlagen
Die Klarstellungs- und Ergänzungsatzung wurde auf der Grundlage des folgender Gesetze und Verordnungen aufgestellt:
- Baugesetzbuchs (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. November 2017 (BGBl. I S. 3634), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 3. Juli 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 176)
- Baunutzungsverordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. November 2017 (BGBl. I S. 3786) zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 3. Juli 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 176)
- Kommunalverfassungsgesetz des Landes Sachsen-Anhalt (Kommunalverfassungsgesetz - KVG LSA) vom 17. Juni 2014 (GVBl. LSA S. 288), zuletzt geändert durch Gesetz vom 07. Juni 2022 (GVBl. LSA S. 130)
- Verordnung über die Ausarbeitung der Bauleitpläne und die Darstellung des Planinhalts (Planzeichnerverordnung) vom 18. Dezember 1990 (BGBl. 1991 I S. 158), die zuletzt durch Artikel 5 des Gesetzes vom 14. Juni 2021 (BGBl. I S. 1802) geändert worden ist.

Verfahrensvermerke

- Beschluss über die Einleitung des Satzungsverfahrens**
Der Stadtrat der Stadt Burg hat in seiner öffentlichen Sitzung am 08.12.2021 gemäß § 1 Abs. 3 der Satzung vom 23.06.2022 den Entwurf der Siedlung „Überfunder“ im Bereich der Siedlung „Überfunder“ der Stadt Burg sowie die dazugehörige Begründung haben in der Zeit vom 25.07.2022 bis 22.08.2022 in der Stadtverwaltung Burg öffentlich ausliegen. Die Unterlagen waren gemäß § 4a Abs. 4 BauGB parallel auf der Internetseite der Stadt Burg eingestellt und für jedermann einsehbar.
Die öffentliche Auslegung ist mit dem Hinweis, dass Stellungnahmen während der Auslegungfrist von jedermann schriftlich oder zur Niederschrift vorgebracht werden können, durch Bekanntmachung im Amtsblatt der Stadt Burg und den Christentorenzeitungen, Inliebig, Niegripp, Parchau, Reesen und Schartau 25. Jahrgang, Nr. 21 vom 15.07.2022 ersichtlich gemacht worden.
Burg, den - 4. Okt. 2023
Stark
(Bürgermeister)
- Beteiligung Raumordnung und Landesplanung**
Die Mitteilung und Anfrage an die für die Raumordnung und Landesplanung zuständige Behörde ist gemäß § 1 Abs. 4 BauGB erfolgt.
Burg, den - 4. Okt. 2023
Stark
(Bürgermeister)
- Abstimmung benachbarter Gemeinden**
Die benachbarten Gemeinden wurden gemäß § 2 Abs. 2 BauGB zur Abgabe einer Stellungnahme aufgefordert.
Burg, den - 4. Okt. 2023
Stark
(Bürgermeister)
- Entwurfs- und Auslegungsbeschluss**
Der Stadtrat der Stadt Burg hat am 23.06.2022 den Entwurf der Klarstellungs- und Ergänzungsatzung im Bereich der Siedlung „Überfunder“ der Stadt Burg mit der dazugehörigen Begründung beschlossen und zur Durchführung der öffentlichen Auslegung gem. § 3 Abs. 2 BauGB sowie zur Beteiligung der betroffenen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB benachrichtigt.
Burg, den - 4. Okt. 2023
Stark
(Bürgermeister)

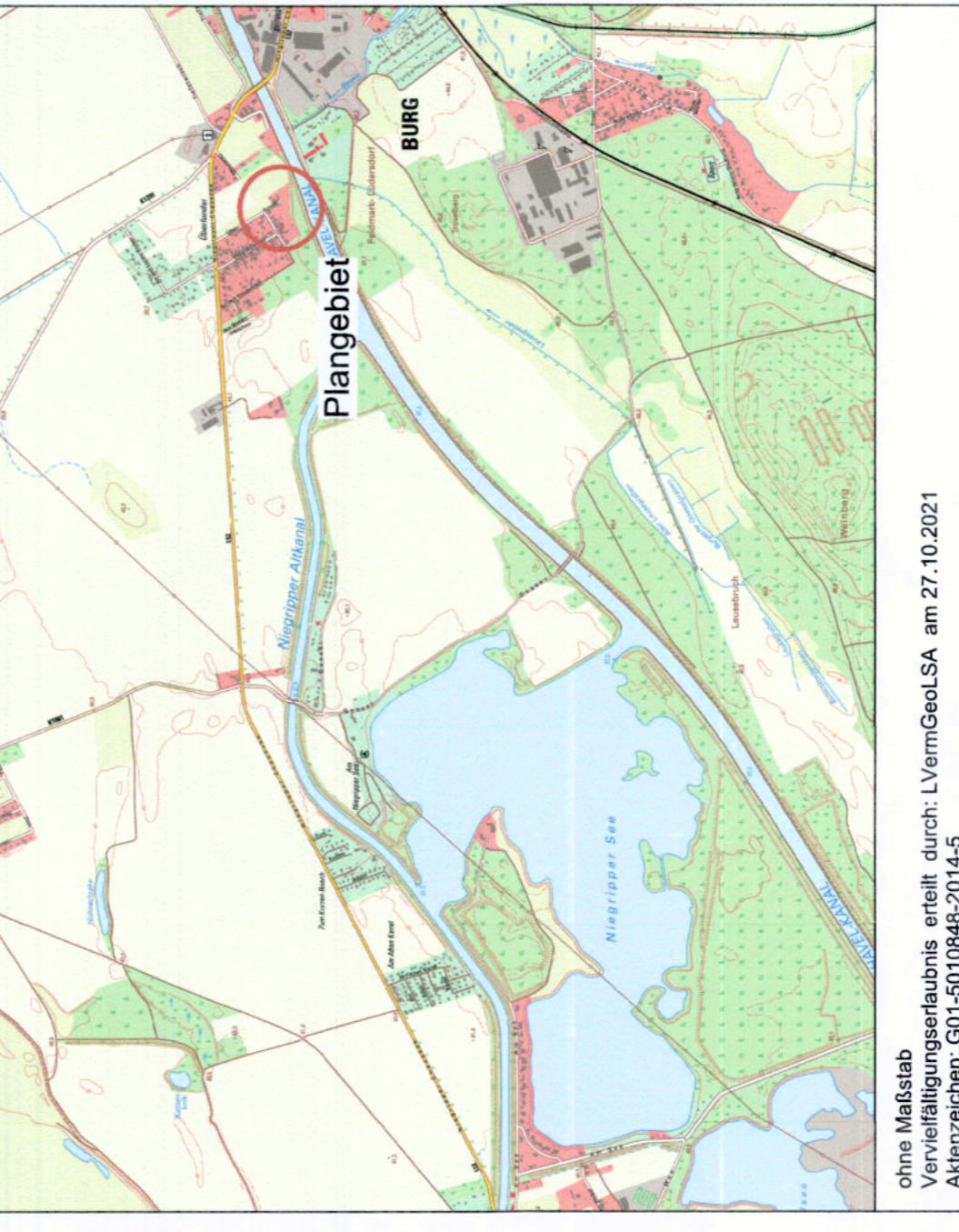
Durchführung der öffentlichen Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB

- Wiederholung der öffentlichen Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB**
Der überarbeitete Entwurf der Klarstellungs- und Ergänzungsatzung im Bereich der Siedlung „Überfunder“ der Stadt Burg sowie die dazugehörige Begründung haben in der Zeit vom 02.01.2023 bis 02.02.2023 in der Stadtverwaltung Burg erneut öffentlich ausliegen und waren im gleichen Zeitraum auf der Internetseite der Stadt Burg für jedermann einsehbar.
Die öffentliche Auslegung ist mit dem Hinweis, dass Stellungnahmen während der Auslegungfrist von jedermann schriftlich oder zur Niederschrift vorgebracht werden können, durch Bekanntmachung im Amtsblatt der Stadt Burg und den Christentorenzeitungen, Inliebig, Niegripp, Parchau, Reesen und Schartau 26. Jahrgang, Nr. 40 vom 20.12.2022 ersichtlich gemacht worden.
Burg, den - 4. Okt. 2023
Stark
(Bürgermeister)
- Erneute Beteiligung der Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange**
Die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sind gemäß § 4 Abs. 3 BauGB mit Schreiben vom 20.12.2022 erneut zur Abgabe einer Stellungnahme aufgefordert und gemäß § 3 Abs. 2 BauGB über die wiederholte öffentliche Auslegung benachrichtigt worden.
Burg, den - 4. Okt. 2023
Stark
(Bürgermeister)
- Prüfung der Stellungnahmen**
Der Stadtrat der Stadt Burg hat die vorgebrachten Stellungnahmen der Öffentlichkeit sowie der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange am 08.12.2022 geprüft. Das Ergebnis ist mitgeteilt.
Burg, den - 4. Okt. 2023
Stark
(Bürgermeister)
- Satzungsbeschluss**
Die Klarstellungs- und Ergänzungsatzung im Bereich der Siedlung „Überfunder“ der Stadt Burg bestehend aus Teil A Planzeichnung und dem Teil B Textlichen Festsetzungen wurde gemäß § 10 Abs. 1 BauGB am 14.09.2023 vom Stadtrat der Stadt Burg beschlossen.
Die Begründung wurde mit Beschluss des Stadtrates der Stadt Burg vom 14.09.2023 gebilligt.
Burg, den - 4. Okt. 2023
Stark
(Bürgermeister)

Ausfertigung

- Ausfertigung**
Die Klarstellungs- und Ergänzungsatzung im Bereich der Siedlung „Überfunder“ der Stadt Burg bestehend aus Teil A Planzeichnung und dem Teil B Textlichen Festsetzungen, wird hiermit ausgenfertigt.
Burg, den - 4. Okt. 2023
Stark
(Bürgermeister)
- Inkrafttreten**
Entsprechend § 10 Abs. 3 BauGB ist der Satzungsbeschluss sowie die Stelle, bei der dieser auf Dauer während der Dienststunden von jedermann eingesehen werden kann und über den Inhalt Auskunft zu erhalten ist, durch Bekanntmachung im Amtsblatt der Stadt Burg mit den Ortschaften Detershagen, Inliebig, Niegripp, Parchau, Reesen und Schartau 27. Jahrgang, Nummer 1, vom 14.09.2023, ersichtlich bekannt gemacht worden. In der Bekanntmachung ist auf die Geltendmachung von Einspruchsrechten und die Ermöglichtung von Mängeln hingewiesen worden.
Die Klarstellungs- und Ergänzungsatzung ist am 14.09.2023 in Kraft getreten.
Burg, den 14. Okt. 2023
Stark
(Bürgermeister)
- Planerhaltung**
Innerhalb eines Jahres nach Inkrafttreten der Satzung sind in Verbindung mit § 215 BauGB eine Verzeichnung der in § 214 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 bis 3 BauGB bezeichneten Verfahrens- oder Formvorschriften, eine Verzeichnung der in § 214 Abs. 2 BauGB bezeichneten Vorschriften über das Verzeichnis der Satzung und Flächennutzungspläne sowie in § 214 Abs. 3 Satz 2 BauGB angelegte Mängel der Abwägungsvorgänge nicht geltend gemacht worden.
Burg, den (Datum)
Siegelabdruck
Stark
(Bürgermeister)
- Änderungsvermerke**
Der Stadtrat der Stadt Burg hat in seiner öffentlichen Sitzung am beschlossen, den Stadtrat zu ändern. Dieser Beschluss ist durch Bekanntmachung im Amtsblatt der Stadt Burg mit den Ortschaften Detershagen, Niegripp, Inliebig, Parchau, Reesen und Schartau Jahrgang, Nr. vom ersichtlich bekannt gemacht worden.
Burg, den (Datum)
Siegelabdruck
Stark
(Bürgermeister)

Übersichtskarte



ohne Maßstab
Vervielfältigungsheftausfertigung durch: LVermGeoLSA am 27.10.2021
Altensachsen: 031-5010648-2014-5

Klarstellungs- und Ergänzungsatzung im Bereich der Siedlung „Überfunder“ der Stadt Burg

Fassung: Satzung
Stand: Juni 2023

<p>Stadtverwaltung Burg - Fachbereich Stadtentwicklung In der Alten Kaserne 2 39288 Burg</p>	<p>Maßstab 1 : 1000</p>
<p>Verantwortlich: Stark (Bürgermeister)</p>	
<p>STADTPLANUNGSBÜRO MEINER & DUMJAHN Burg, 39288 Burg Telefon: 03931 2020-0 Telefax: 03931 2020-1 E-Mail: info@staplanungsbuero.de Internet: www.staplanungsbuero.de</p>	